

Az. 01.111.80.01.02 – Haushalt 2026
Der Bürgermeister

[Folie 1 – Deckblatt]

Bemerkungen zum Entwurf der Haushaltssatzung 2026 mit ihren Anlagen

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

mit dem heutigen Abend bringe ich den **Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2026** in die Beratungen der Stadtverordnetenversammlung ein.

Ein Haushaltsplan ist weit mehr als eine bloße Aufstellung von Zahlen.

Er ist das finanzielle Abbild unserer politischen Entscheidungen, unserer Prioritäten und unserer Verantwortung für die Entwicklung unserer Stadt.

Und er ist zugleich ein Spiegel der wirtschaftlichen und finanziellen Rahmenbedingungen, unter denen alle Kommunen derzeit arbeiten müssen, oder besser gesagt versuchen müssen zu arbeiten.

Der Haushalt 2026 ist, wie schon der des laufenden Jahres, gelinde gesagt eine Katastrophe.

Finanzielle Spielräume sind nicht vorhanden; die Belastungen steigen weiter unproportional zur Entwicklung unserer Erträge; und eine Vielzahl externer Faktoren wirkt sich unmittelbar auf unsere Haushaltslage aus: steigende Baukosten, höhere Tarifabschlüsse, wachsende Umlagen und nicht zuletzt die anhaltende Unsicherheit über die künftige Entwicklung der Schlüsselzuweisungen und Steuereinnahmen.

Trotz dieser Herausforderungen ist es dem Magistrat gelungen, einen genehmigungsfähigen Haushaltsplan vorzulegen. Er entspricht den gesetzlichen Anforderungen und sichert so unsere – wenn auch extrem eingeschränkte – Handlungsfähigkeit.

Bevor ich wie gewohnt zur Darstellung der wesentlichen Eckdaten komme, noch eine Aussage vorab, auf die sicher viele der Anwesenden warten:

Die schlechte Nachricht zuerst: Der Haushaltsplanentwurf sieht eine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes vor.

Die gute Nachricht: Weder die Grundsteuern noch andere Gebühren wie beispielsweise Abfall- oder Kanalgebühren werden erhöht.

[Folie 2 – Ergebnishaushalt]

1. Gesamtergebnis und Haushaltslage

Der **Ergebnishaushalt** für das Jahr 2026 weist einen **Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge von 55,02 Mio. €** und **Aufwendungen von 57,95 Mio. €** aus.

Das ergibt ein **ordentliches Defizit von 2,93 Mio. €**.

Dem stehen außerordentliche Erträge in Höhe von **2,07 Mio. €** gegenüber, sodass der **Jahresfehlbetrag 857.220 €** beträgt.

[Folie 3 – Finanzhaushalt]

Im **Finanzhaushalt** ergibt sich aus der laufenden Verwaltungstätigkeit ein Zahlungsmittelüberschuss von **1,72 Mio. €**.

Die Investitionstätigkeit schließt mit einem Minus von **1,87 Mio. €**, und nach Berücksichtigung der Finanzierungstätigkeit verbleibt ein Zahlungsmittelbestand von **minus 2,58 Mio. €**.

Den Fehlbetrag im ordentlichen Ergebnis können wir über die Heranziehung der ordentlichen und außerordentlichen Rücklage decken; den Fehlbetrag im Finanzhaushalt gerade noch so über die ungebundene Liquidität.

Derzeit befinden sich noch **3,02 Mio. €** in unseren Rücklagen.

D.h. nach Abzug des geplanten Fehlbetrages i.H.v. von **2,93 Mio. €** ist diese rechnerisch bis auf knapp **100.000 €** aufgebraucht.

[Folie 4 – Erträge]

2. Erträge – woher das Geld kommt

Unsere Haupteinnahmen stammen wie in den vergangenen Jahren aus den **Steuern und steuerähnlichen Erträgen**, die sich 2026 auf **rd. 30,19 Mio. €** summieren.

Die **Grundsteuer A und B** tragen hier zusammen **5,55 Mio. €** bei.

Anmerkung:

Nach den endgültigen Festsetzungen der Messbeträge im Rahmen der Grundsteuerreform mussten wir unseren Ansatz um 240.000 € nach unten korrigieren.

Davon, dass angepasst werden muss, war aber bei Hochrechnungen zu einer Reform dieser Tragweite von Anfang auszugehen.

Insgesamt wird sich das Niveau nun voraussichtlich stabilisieren und vor allem konnten wir die Hebesätze dennoch unverändert lassen.

Die **Gewerbsteuer** liegt mit **10,2 Mio. € rd. 14 Prozent über dem Vorjahresansatz** von **8.950.000 €**.

In dieser Steigerung ist eine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes **von 425 auf 445 v.H.** eingepreist.

Dies führt zu Mehrerträgen i.H.v. **350.000 €**.

Vielleicht ist auch das interessant:

Ohne die Erhöhung des Hebesatzes stünde hier ja die Zahl **9.850.000 €**.

Das bedeutet, dass die Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens auch ohne die Anpassung des Hebesatzes mit einem Zuwachs gegenüber des Ansatzes für dieses Jahr von ansehnlichen **900.000 €** und somit **10%** weiterhin positiv ist.

Wie immer ist bei der Erträgen aus Gewerbesteuer anzumerken, dass hiervon weniger als 40% bei uns verbleiben. Die übrigen Anteile sind über die Gewerbesteuerumlage und aber auch über die Kreis- und Schulumlage abzuführen.

Beim **Gemeindeanteil an der Einkommensteuer** erwarten wir **11,04 Mio. €**; beim **Anteil an der Umsatzsteuer 1,65 Mio. €**.

Die Erträge aus der Einkommensteuer erhöhen sich damit um **fast 6,5%** gegenüber 2025.

Die **Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke** belaufen sich auf **10,04 Mio. €**. Darin enthalten sind die **Schlüsselzuweisungen des Landes** sowie Zuweisungen für laufende Aufgaben.

Die **Schlüsselzuweisungen des Landes Hessen** betragen **6,51 Mio. €**; das sind knapp **7 % weniger** als 2025.

Zu den Gemeindeanteilen als auch zu den Schlüsselzuweisungen ist anzumerken, dass die Datenbasis bei der Beschlussfassung dieses Entwurfs des Magistrats noch sehr ungenau war.

Das Gesetzgebungsverfahren zur Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs war noch nicht abgeschlossen. Daher war eine exakte Berechnung nicht möglich. Unseren Ansätzen wurden die seinerzeit bekannten Orientierungsdaten und die ersten offiziellen Verlautbarungen des Landes Hessen zum „Zukunftspakt“ zugrunde gelegt.

Auf die mittlerweile bekannt gewordenen neuen Zahlen komme ich in meinen Schlussbemerkungen zurück.

Soviel aber vorab: Sie verändern unseren Haushalt nicht, wenngleich der Bund und Land Hessen für die Kommunen tatsächlich etwas getan haben.

Weitere wichtige Erträge kommen aus den **öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten**, insbesondere aus den Abwasser-, Abfall- und Verwaltungsgebühren.

Diese liegen mit **6,82 Mio. €** leicht über dem Vorjahreswert.

Die größten Einzelpositionen hierbei sind

- die Abwassergebühren mit **3,40 Mio. €** und
- die Abfallgebühren mit **1,9 Mio. €**.

Erhöhungen sind wie gesagt nicht erforderlich.

Aus **Kostenersatz und Erstattungen** erzielt die Stadt **2,93 Mio. €**, und die **sonstigen ordentlichen Erträge** belaufen sich auf **1,8 Mio. €**.

Zusätzlich ergeben sich **Finanzerträge** in Höhe von **192.000 €**.

[Folie 5 – Aufwendungen]

3. Aufwendungen – wofür wir das Geld ausgeben

Die **Sach- und Dienstleistungen** liegen mit **11,74 Mio. €**, nur **0,54%** über dem Vorjahresniveau.

Diese Zahl ist Beleg dafür, dass die Verwaltung und der Magistrat hier bis an jede Schmerzgrenze den Rotstift angesetzt hat.

Im **ersten Schritt** wurde Position für Position betrachtet und Kürzungen bzw. Streichungen vorgenommen.

Im **zweiten Schritt** ist dann sozusagen „on top“ erstmals eine **pauschale Kürzung in Höhe von 3%** aller Sach- und Dienstleistungen vorgenommen worden.

Wie sicher jeder nachvollziehen kann, sind bei Letzterem auch Ansätze betroffen, die faktisch gar nicht gekürzt werden können wie beispielsweise Versicherungsbeiträge, Zahlungen für Softwarelizenzen und viele Beträge mehr, die vertraglich festgeschrieben sind. Diese Beträge sollen innerhalb der jeweiligen Budgets dennoch abgefangen werden.

Was nach diesem Streichkonzert übrig bleibt, ist ein bitteres Ergebnis, das wir nur in Kauf nehmen, um einen Haushaltsausgleich ohne zusätzliche Belastung der Bürgerinnen und Bürger zu erreichen.

Denn gerade die Haushaltsansätze, die man nicht bzw. nicht mehr sieht, sind das Schlimme! Aber auch dazu mehr in meinen Schlussbemerkungen.

Die **Abschreibungen** auf das städtische Anlagevermögen betragen **4,34 Mio. €**.

Die **Steueraufwendungen und Umlagen** bilden den größten Kostenblock. Hierauf entfallen insgesamt **18,8 Mio. €**, unterteilt in:

- **Kreisumlage:** **11.120.000 €**,
- **Schulumlage:** **5.520.000 €**,
- **Regionalverbandsumlage:** **87.000 €**,
- **Gewerbesteuerumlage:** **980.000 €**,
- **Heimatumlage:** **580.000 €**.

Allein die **Kreis- und Schulumlage** ist damit im Vergleich zum Ansatz 2025 um **rd. 2,5 Mio. €**, somit um **17%** gestiegen.

Anmerkung:

*2025 wurde die Kreisumlage **nach** der Beschlussfassung unseres Haushaltes um 1,8 Punkte und die Schulumlage um 1 Punkt erhöht. Ausgehend hiervon fand eine Erhöhung durch den Kreis neuerlich eigentlich „nur“ um 13% statt.*

Für 2026 ist durch den Main-Kinzig-Kreis eine weitere Erhöhung der Schulumlage um 1,9 Punkte angekündigt, während die Kreisumlage nicht erhöht werden soll. Dies ist im vorliegenden Entwurf berücksichtigt.

Dies übrigens auch durch enorme Sparbemühungen zugunsten der Kommunen und somit deren Bürgerinnen und Bürgern.

Die wesentlichen Steigerungen der von Erlensee abzuführenden Beträge gehen dabei ja auch auf unsere wachsende Steuerkraft zurück!

Es bleibt also festzuhalten:

Durch die stetig steigenden Umlageverpflichtungen wird unsere Handlungsfähigkeit trotz Mehrerträgen aus den Steuern immer weiter eingeschränkt, und wir sind zu den zuvor dargestellten Einsparungen gezwungen.

Für **Zinsen und Finanzaufwendungen** sind **1,44 Millionen €** vorgesehen – ebenfalls ein deutlich gestiegener Betrag im Vergleich zu den Vorjahren.

[Folie 6 – Personalaufwand]

Auf der Ausgabenseite sind natürlich die **Personalkosten** der größte Einzelposten.

Für **Personal- und Versorgungsaufwendungen** sind **17,76 Millionen €** veranschlagt – ein Plus von **3,4%** gegenüber dem Vorjahr.

Diese Steigerung resultiert im Wesentlichen aus Tarifsteigerungen und Anpassungen bei den Eingruppierungen.

Wir haben im Bereich der Personalaufwendungen viele wünschenswerte Stellenerweiterungen nicht umgesetzt, sondern vielmehr massive Einsparungen vorgenommen.

So wurden die Saisonarbeitsplätze beim Stadtservice gestrichen. Ferner wurde die Pauschale zur Umsetzung des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Verbesserung der Teilhabe in Tageseinrichtungen und in der Kindertagespflege abgebaut und es wurden pauschale Kürzungen für eventuell Langzeiterkrankte, Erziehungszeiten usw. vorgenommen.

Um die genannten massiven Einsparungen zu untermauern, kann man folgende Rechnung aufmachen Folie:

- Tarifsteigerungen und Beihilfeaufwand: **+ 353.000 €**

Jeweils nur der Zuwachs im Vergleich zu 2025:

- Zuwachs Gemeinwesenarbeit: **+ 65.600 € netto**, die erstattet werden

- Zuwachs 2 Stellen erforderliche Erzieher: **+ 125.000 €**

- Zuwachs volles Jahr Azubi Stadtbücherei: **+ 11.300 €**

- Zuwachs volles Jahr Stabstelle Feuerwehr: **+ 53.700 €**

Zieht man die eben genannten Beträge von den **17,76 Mio. €** ab, landet man **23.600 € unter** dem Ansatz des letzten Jahres.

Unter dem Punkt Stellenplan werde ich noch einmal auf diesen Bereich eingehen.

Soviel zu den Eckdaten des Ergebnishaushaltes.

Zur Wiederholung:

Das ordentliche Ergebnis des Haushalts schließt somit mit **minus 2,93 Mio. €** ab.

[Folie 7 – Investitionen]

4. Investitionen 2026

Für das Haushaltsjahr 2026 ist ein Investitionsvolumen von **7.285.900 €** vorgesehen.

Aufgrund des vom Magistrat am 12. Juni 2025 beschlossenen **Investitionsstopps** werden ausschließlich bereits begonnene Maßnahmen fortgeführt oder abgeschlossen.

Abweichend von dieser Regelung sind nur Mittel für Vorhaben eingeplant worden, die für den Betrieb bestimmter Einrichtungen oder für deren Sicherheit **dringend notwendig** sind.

Die Investitionssumme setzt sich wie immer aus Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden, aus Baumaßnahmen und aus Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen zusammen.

Im Folgenden stelle ich gewohnt immer alle Maßnahmen **über 50.000 €** im Einzelnen dar:

[Folie 8 – Investitionen Hochbaumaßnahmen]

4.1 Hochbaumaßnahmen

Hochbau Friedhof Rückingen – 60.000 €

Für den Friedhof Rückingen werden **60.000 €** bereitgestellt, um die Sanierung der Trauerhalle abzuschließen. Die Mittel sind nachgemeldet worden, da die Dachsanierung teurer als geplant war.

Hochbau Kläranlage – 117.000 €

Für die Kläranlage stehen **117.000 €** für die Betonsanierung der Becken zur Verfügung.

Hochbau Rathaus – 2.500.000 €

Für den Neubau des Rathauses sind im Jahr 2026 Mittel **i.H.v. 2,5 Mio. €** vorgesehen.

Die Gesamtkosten des Projekts sind nach wie vor mit **36,5 Mio. €** veranschlagt.

Denn nach den bisher erzielten Ausschreibungsergebnissen bleiben wir weiterhin im geplanten Kostenrahmen.

Per Saldo ergeben die bislang vorliegenden Beauftragungen inkl. Nachträgen im Vergleich zum Kostenplan erfreulicherweise – Stand heute – sogar leichte Vergabegewinne.

Ankauf von Wohnungen – 330.700 €

Für den Ankauf von Wohnungen sind **330.700 €** eingeplant. Es handelt sich hier um den noch laufenden Vertrag zum Mietkauf der Container am Standort „Gemeinschaftsunterkunft Zum Fliegerhorst“.

[Folie 9 – Investitionen Tiefbaumaßnahmen]

4.2 Tiefbaumaßnahmen

Geh- und Radwege – 150.000 €

Für Geh- und Radwege werden **150.000 €** bereitgestellt. Ein Teilbetrag von **50.000 €** dient der Fertigstellung der Gehwege Römerstraße und der Kurt-Schumacher-Straße.

100.000 € sind darüber hinaus zur „Begleitung des Glasfaserausbaus“ vorgesehen; weil es an der ein oder anderen Stelle wirtschaftlicher sein wird, den Gehweg komplett zu sanieren und sich die Kosten, die das Tiefbauunternehmen der t-glaserfaser für den Arbeitsbereich hätte aufwenden müssen, erstatten zu lassen.

Umbau Kläranlage – 2.050.000 €

Für den Umbau der Kläranlage werden in 2026 **2.050.000 €** veranschlagt. Die Gesamtkosten dieses Projekts belaufen sich auf **11.100.000 €**.

Kanalhausanschlüsse – 65.000 €

Für Arbeiten an Kanalhausanschlüssen werden **65.000 €** eingeplant. Dieser Investition stehen Beiträge i.H.v. **50.000 €** gegenüber. Die Differenz ergibt sich aus Hausanschlusskosten für städtische Liegenschaften.

Rückbau Ravalzhäuser Straße – 1 Mio. €

Für den Rückbau der Ravalzhäuser Straße werden für das Jahr 2026 **1 Mio. €** zur Verfügung gestellt. Die Kosten des gesamten Projekts betragen – insbesondere nach der von der Stadtverordnetenversammlung gewünschten Verbreiterung der Fahrbahn im Vergleich zur Ursprungsplanung um einem halben Meter nunmehr **4.190.000 €**.

Der Bewilligungsbescheid zu den beantragten Fördermitteln **i.H.v. 800.000 €** liegt noch nicht vor.

Wie vereinbart wird der Magistrat die Stadtverordnetenversammlung unaufgefordert informieren und um weitere Beschlussfassung bitten, sollte die Förderung nicht bewilligt werden.

Tiefbau Friedhof Rückingen – 72.800 €

Für Tiefbaumaßnahmen auf dem Friedhof Rückingen werden **72.800 €** zur Erstellung eines sog. pflegebetreuten Grabfeldes bereitgestellt.

Straßenbau Fröbelstraße – 75.000 €

Für den Straßenbau in der Fröbelstraße stehen **75.000 €** zur Verfügung.

Ersatzneubau Brücke Friedrich-Ebert-Straße – 100.000 €

Für den Ersatzneubau der Brücke in der Friedrich-Ebert-Straße werden weitere **100.000 €** eingeplant.

Die Gesamtkosten dieser Maßnahme belaufen sich somit nun auf **960.000 €**.

Erneuerung Straßenkreuzung Bogen-/Rosen-/Uferstraße - 100.000 €

Für die dringend notwendige Erneuerung der Straßenkreuzung Bogen-, Rosen- und Uferstraße werden **100.000 €** bereitgestellt.

Kanalsanierung gemäß EKVo – 250.000 €

Für Kanalsanierungen gemäß verpflichtenden Regelungen der Eigenkontrollverordnung (EKVo) stehen **250.000 €** zur Verfügung.

Kanalbau Ludwigstraße – 375.000 €

Für den Kanalbau in der Ludwigstraße sind **375.000 €** vorgesehen.

[Folie 10 – Vermögenserwerb]

4.3 Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen

Feuerwehr – 130.000 €

Für die Feuerwehr werden **130.000 €** bereitgestellt. Der Betrag dient der Ersatzbeschaffung von je einem Kommandowagen je Stadtteilwehr.

Spielplätze – 75.000 €

Für Investitionen auf unseren Spielplätzen stehen **75.000 €** zur Verfügung. Auch dieser Betrag ist lediglich für den Ersatz von Geräten vorgesehen.

[Folie 11 – Verkaufserlöse]

4.4 Einzahlungen zur Finanzierung der Investitionen

Die Investitionen werden in diesem Jahr zum überwiegenden Teil durch Einzahlungen aus **Vermögensverkäufen** gedeckt.

Der Magistrat hat sich in seiner Haushaltsklausur dazu entschieden, den Aufgabenbereich „Städtischen Wohnliegenschaften“ weitestgehend aufzugeben.

Damit können einmalig Verkaufserlöse erzielt werden, die zu einer Reduzierung des Kreditbedarfs führen. Dies wiederum reduziert die Verbindlichkeiten aus Zins- und Tilgungsleistungen **langfristig**.

Gleichzeitig werden aus den Einzahlungen, die über den aktuellen Buchwerten liegen, außerordentliche Erträge generiert, welche der außerordentlichen-Rücklage zugeführt werden können.

Perspektivisch reduziert sich durch die Veräußerung der Liegenschaften der Personal- und Instandhaltungsaufwand.

Konkret sind für das Jahr 2026 Einzahlungen aus Verkäufen städtischer Liegenschaften in Höhe von **4.590.000 €** eingeplant.

Sie setzen sich wie folgt zusammen:

- Landwehrstraße 30: **300.000 €**
- Ringgrabenstraße 15: **450.000 €**
- Hainstraße 55: **200.000 €**
- Südstraße 4: **115.000 €**
- Friedrich-Ebert-Straße 4/4a: **350.000 €**
- Dammstraße 17: **1.200.000 €**
- Vogelsbergstraße 19: **1.000.000 €**
- Bahnhofstraße 3: **400.000 €**

Es ist außerdem angedacht, bislang bevorratete Grundstücke Im Büchensaal im Wert von **575.000 €** zu veräußern.

Die Verkaufserlöse in Höhe von **1,8 Mio. €** aus dem Areal der Fallbachhalle wurden entgegen der aktuellen Finanzplanung noch nicht für das Haushaltsjahr 2026 angesetzt.

Der Verkauf scheint 2026 noch nicht kassenwirksam realisierbar zu sein. Daher ist der Ansatz erst für das Jahr 2027 vorgesehen.

Die Veräußerung der Wohnliegenschaften bedeutet nach Auffassung des Magistrates **nicht**, dass die Stadt sich von dem wichtigen Thema „bezahlbarer Wohnraum“ verabschiedet!

Die Objekte in städtischen Besitz sind von der Anzahl der Wohneinheiten überschaubar und sind auch in ihrer Beschaffenheit nicht als Steuerungsinstrument für den Wohnungsmarkt geeignet, während gleichzeitig aber teilweise enormer Sanierungsbedarf besteht.

Vielmehr soll weiterhin „bezahlbarer Wohnraum“ im Wege der Unterstützung (Einbringung von Erbpachtgrundstücken, Gestellung von Bürgschaften) privater Projekte geschaffen werden – wie in der jüngsten Zeit geschehen im Falle der Selbsthilfe Körperbehinderter Main-Kinzig, der Baugenossenschaft Langendiebach oder auch der Unternehmung Rochner & Stahl.

In absehbarer Zeit wird zudem – wie bereits bekannt – die Nassauische Heimstätte weitere, nach dem Wohnraumförderungsgesetz geförderte Wohnungen bauen.

Zusätzlich zu den Verkaufserlösen werden Investitionszuweisungen und -zuschüsse in Höhe von **783.000 €** erwartet.

Die Einzahlungen aus Abgängen des Finanzanlagevermögens betragen **43.990 €**.

Zur Finanzierung der restlichen **rd. 1.869.000 €** müssen Kredite aufgenommen werden.

[Folie 12 – Investitionen - Finanzierung]

5. Schulden und Finanzierung

Dieser Kreditaufnahme stehen **Tilgungsleistungen** einschließlich der Beiträge zur Hessenkasse in Höhe von **4,31 Mio. €** gegenüber.

Das bedeutet:

Es findet 2026 **keine Nettoneuverschuldung** statt – im Gegenteil, **wir reduzieren unsere Verbindlichkeiten** und gehen somit einen **spürbaren** und **nachhaltigen** Schritt im Konsolidierungsprozess.

[Folie 13 – Liquidität]

6. Hessenkasse und Liquidität

Die Verpflichtungen aus der Hessenkasse laufen bis zum Jahr 2044.

Die jährliche Rate beträgt **350.125 €**, in den Jahren 2022 bis 2026 wegen der gestundeten Corona-Rate **rd. 385.000 €**.

Angeichts der angespannten Haushaltslage hat der Magistrat beschlossen, für das Haushaltsjahr 2026 eine Stundung dieses Beitrags zu beantragen, was so auch den Kommunen im Finanzplanungserlass anheimgestellt wurde.

Gleichzeitig bleibt die Liquidität gesichert:

Zum Jahresende 2025 wird eine **ungebundene Liquidität i.H.v. rd. 5,5 Mio. €** erwartet – ausreichend, um den Zahlungsmittelfehlbestand 2026 zu decken.

An dieser Stelle möchte ich darauf hinweisen, dass in dem Betrag der ungebundenen Liquidität auch die Zahlungsverzögerung aus dem Verkauf der ehemaligen Kita Am Rathaus im negativen Sinne enthalten ist.

Hier waren bereits für das Haushaltsjahr 2024 Verkaufserlöse **i.H.v. 1,6 Mio. €** eingeplant.

Der Magistrat hat in seiner Haushaltsklausur beschlossen, dass der Verkauf nun umgesetzt werden soll, um diese Liquidität zu generieren. *(Mit dem Verkauf werden im Übrigen gleichzeitig Mittel im Ergebnishaushalt frei. Der laufende Unterhalt der Liegenschaft ist mit **36.000 €** eingeplant.)*

Um unterjährige Liquiditätsschwankungen abfangen zu können, sieht die Haushaltssatzung wie seit Jahren unverändert einen Liquiditätsrahmen von bis zu **minus 5 Mio. €** vor.

[Folie 13 – Stellenplan]

7. Personal und Stellenplan

Der Stellenplan 2026 weist **231,35 Stellen** aus, das sind **2,16 Stellen mehr** als im Vorjahr.

Neue Stellen entstehen vor allem im Fachbereich **Bauwesen und Wirtschaftsförderung** sowie im Bereich **Familie und Soziales**.

Damit reagieren wir auf ein gestiegenes Arbeitsaufkommen, auf gesetzliche Vorgaben und auf zusätzliche Aufgaben, beispielsweise durch die Übernahme der Containeranlage für Geflüchtete vom Main-Kinzig-Kreis, der vorher das Personal beschäftigte und uns bereits anteilig in Rechnung stellte.

Gleichzeitig wurden 1,22 Stellen gestrichen, da Reinigungsleistungen künftig extern vergeben werden.

In mehreren Bereichen erfolgten **Anpassungen der Entgeltgruppen** einzelner Mitarbeitenden, unter anderem im Reinigungsbereich und im Stadtservice, die durch die neuen Eingruppierungsregeln des im letzten Jahr verhandelten Tarifvertrags umzusetzen sind.

Die tarifkonforme – und meiner Meinung nach auch nur faire – Entlohnung sichert nicht zuletzt auch die Leistungsfähigkeit unserer Verwaltung.

8. Haushaltskonsolidierung und Perspektive

Um das ganz klar noch einmal zu sagen:

Der Haushalt 2026 weist sowohl im Ergebnis- als auch im Finanzhaushalt einen Fehlbetrag aus.

Diese Defizite können – wie ebenfalls bereits dargestellt – nur durch Entnahmen aus den Rücklagen und durch die ungebundene Liquidität gedeckt werden.

Da die Fehlbeträge schließlich so ja ausgeglichen werden, ist ein Haushaltssicherungskonzept **nicht erforderlich**.

Dennoch ist klar:

Wir müssen unsere Konsolidierungsbemühungen fortsetzen, denn auch in allen **mittelfristigen** Folgejahren sind der Ergebnis- und Finanzhaushalt weiterhin unausgeglichen, und unsere Reserven sind nahezu aufgebraucht.

Bereits im Jahr 2025 hat der Magistrat daher u.a. die **Firma Komprax Result** beauftragt, uns im Prozess der Haushaltskonsolidierung zu unterstützen. *(Die Maßnahme wird durch das Land Hessen mit einem Zuschuss von 50% gefördert.)*

Auf Grundlage der bisherigen Analyse hat der Magistrat im Juni 2025 einen **Eckwertebeschluss** gefasst, der zunächst die Betrachtung der Investitionen allgemein und die Priorisierung des Bereichs **Liegenschaften und Infrastrukturvermögen** als erstes Prüffeld vorsieht.

Die Umsetzung der ersten Maßnahmen haben Sie bereits in meiner Rede vernommen!

Im nächsten Schritt werden die Bereiche **Stadtservice** und **Kinderbetreuung** im Hinblick auf mögliche Einspar- und Optimierungspotenziale untersucht – mit dem Ziel, diese Ergebnisse in den Haushalt 2027 einfließen zu lassen.

Nach diesem kurzen Ausblick nun zu meiner Schlussbetrachtung zum Haushalt 2026.

[Folie 14 – Fazit & Persönliche Schlussbemerkungen]

9. Fazit & Persönliche Schlussbemerkungen:

Meine Damen und Herren,

der vorliegende Haushaltsplan zeigt deutlich, wie eng die finanziellen Spielräume der Städte und Gemeinden inzwischen geworden sind.

Wir stehen vor der Aufgabe, die Balance zu halten zwischen solider Finanzpolitik, verlässlicher Daseinsvorsorge und notwendiger Zukunftsgestaltung.

Unser Ziel ist nicht kurzfristige Entlastung, sondern dauerhafte Stabilität.

Deshalb setzen wir auf Konsolidierung mit Augenmaß, auf Investitionen, die langfristig Wirkung zeigen, und auf eine Verwaltung, die effizient, modern und bürgernah arbeitet.

Die Lage ist dramatisch. Ich denke, ich kann es uns heute ersparen, all das zu wiederholen, was Sie tagein tagaus der Presse entnehmen können.

Die Kosten steigen in jeder Beziehung und auch die zu erledigenden Aufgaben werden nicht geringer.

Die Kolleginnen und Kollegen der Bürgermeisterkreisversammlung und darüber hinaus sprechen mittlerweile nicht mehr von schlechten Zeiten oder unglaublichen Belastungen; sie sprechen von Perspektivlosigkeit.

Denn mit wenigen Ausnahmen halten sich die Kommunen mit ihren Rücklagen über Wasser, die sich aber – in einem Fall früher, im anderen später – aufbrauchen. Wie schon mehrfach betont, waren die in Erlensee nach einem bereits 1995 unausgeglichenen Haushalt nie in nennenswerter Größe vorhanden...

Ich möchte an dieser Stelle aber erst einmal wie versprochen auf die Maßnahmen des Landes Hessen zur Stärkung der Kommunen eingehen.

Wie Sie sicher ebenfalls der aktuellen Presse entnehmen, hat das Land Hessen erkannt, dass seine Städte und Gemeinden Not leiden und dementsprechend auch Finanzhilfen auf den Weg gebracht.

Bevor ich Ihnen sage, was das nach heutigem Kenntnisstand für den Haushalt der Stadt Erlensee bedeutet, möchte ich eines ausdrücklich betonen:

Ich freue mich sehr darüber, dass die akute Notlage der Kommunen endlich auch von Land und Bund gesehen wird; einhergehend damit, dass man sich ihrer Bedeutung als Stützpfeiler unserer Demokratie erinnert.

Das klingt selbstverständlich, aber dieses Gefühl hatte man wahrlich nicht immer.

Aber zu den Zahlen:

Die Soforthilfe, die dieser Tage unbürokratisch an die Städte und Gemeinden ausbezahlt wird, beläuft sich für Erlensee auf **rd. 425.000 €**. Dieser Einmalbetrag darf wahlweise auf das Jahr 2025 oder 2026 eingebucht werden.

Wir werden ihn auf das Jahr 2025 einbuchen. Denn wie oben erwähnt hatte unser Haushalt 2025 den „Fehler“, dass die nachträglich vom Main-Kinzig-Kreis beschlossene Erhöhung der Kreis- und Schulumlage nicht eingepreist war. Da sich diese Mehraufwendungen auf **rd. 681.000 €** belaufen, tat der Einmalbetrag zwar gut, konnte aber diese Lücke sogar **nur teilweise** schließen.

„Wie gewonnen, so zerronnen.“ Zerronnen sogar schon im Voraus...

Wie ebenfalls bereits erwähnt mussten wir bislang von einem Rückgang der Schlüsselzuweisungen von **7%** ausgehen.

Da die Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs durch das Land Hessen dankenswerter Weise ebenfalls von dem Willen der Stärkung der Kommunen geprägt war, steigt unsere Schlüsselzuweisung entgegen des von mir genannten Ansatzes im vorliegenden Entwurf um **975.000 €**. *(Wir erhalten einen Ergänzungsansatz für Bevölkerungszuwachs, einen für die Grundzentren ab 15.000 Einwohner und einen für Kinder unter 6 Jahren.)*

Jetzt kommt leider das **ABER!:**

In der Folge erhöht sich natürlich unsere Finanzkraft entsprechend. Und da diese die Grundlage für unsere Umlagen, vor allem für die Kreis- und Schulumlage ist, bedeutet das, dass wir gegenüber dem Ansatz in Summe **626.800 €** mehr Kreis- und Schulumlage abzuführen haben.

Es verbleiben also **350.000 €** als Plus für unseren Haushalt. Und auch die sind schon **mehr als weg**, denn nach den Ankündigungen haben wir **640.000 €** bereits eingestellt „*Ausrufezeichen*“ !

Und noch etwas, was Sie gelesen haben oder noch lesen werden:

Der Bund hat ein immenses „Sondervermögen Infrastruktur“ bereitgestellt, aus dem das Land Hessen **7,4 Milliarden €** erhält, von denen wiederum **4,7 Milliarden €** an die Kommunen weitergegeben werden.

Das sind unglaubliche Zahlen, aber auch hier kommt viel Wasser in den Wein: Diese Gelder werden den Kommunen zur Finanzierung ihrer **Investitionen** bereitgestellt, und bei der Stadt Erlensee kommen davon nach heutiger Schätzung **6 Mio. €** an, die nach dem Länder-und-Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz (LuKIFG) verteilt werden sollen.

Da das Geld also für Investitionen eingesetzt werden muss, entfällt der Ertrag auf den Finanzhaushalt.

Natürlich hilft Alles, aber auch hier: In der konkreten Auswirkung mindert dies unseren Kreditbedarf und entlastet somit unseren Ergebnishaushalt „nur“ um **max. 420.000 € p.a.**, wenn wir die Mittel vollständig abrufen konnten.

„Abrufen konnten“, weil zur Handhabung bislang nur feststeht, dass der Abruf innerhalb der nächsten 12 Jahre für gezielte Maßnahmen erfolgen kann; wahrscheinlich ähnlich des Kommunalen-Investitions-Programms (KIP) als genehmigungsfreier Kredit, den man auf Sonderposten absetzen kann.

Lange Rede, kurzer Sinn: Auch dieses Programm wird unseren Haushalt nicht retten **und aus Milliarden- und Millionenbeträgen werden sehr überschaubare Hilfestellungen.**

Aber die Hoffnung stirbt zuletzt.

Und noch eines möchte ich erwähnen: Auf der Agenda des Bundes und Landes steht auch, Bürokratie abzubauen und Standards in Frage zu stellen bzw. künftig wenigstens nicht weiter hochzuschrauben. Ich hoffe, dies geschieht, denn meiner Meinung nach wäre das ebenfalls eine wirksame Hilfe insbesondere in Anbetracht dessen, dass auch Bund und Land offenkundig auch mit milliardenschweren Sondervermögen keine adäquaten Beträge weitergeben können.

Zurück nach Erlensee und um auch einmal mit Millionen zu hantieren:

Nach der Eingabe der Mittelanmeldungen der Fachbereiche in das System fehlten **9 Mio. €** in unserem Haushalt.

Nach den internen Beratungen, also zu Beginn der Haushaltsklausur des Magistrats waren es noch knapp **6 Mio. €!** Nur um die Dimensionen der Beträge einmal zu nennen, die uns von einer vernünftigen Gestaltung unserer Stadt und unseres Gemeinwesen trennen, denn unvernünftige Ansätze gab es meiner Meinung nach nicht.

Das ist eben das was ich mit dem Satz meinte „Das Schlimmste sind die Zahlen, die man nicht oder nicht mehr sieht.“

Denn gerade die sog. freiwilligen Leistungen (Vereinsförderungen, Wirtschaftsförderung, wünschenswerte Maßnahmen zum Umweltschutz usw.) sind das Salz in der Suppe, wenn es um die Gestaltung der Zukunft geht.

Verstehen Sie mich nicht falsch: Ich bin dennoch überzeugt: Wenn wir weiterhin sachlich, solide und gemeinsam handeln, wird Erlensee auch in den kommenden Jahren handlungsfähig bleiben – finanziell, wirtschaftlich und gesellschaftlich. Das Fundament für eine gute Entwicklung haben wir in den letzten Jahren bereits mit unseren Investitionen geschaffen. Sie werden sich auszahlen, wenn auch nicht heute oder morgen.

Damit möchte ich es heute auch schon bewenden lassen.

Ich verweise an dieser Stelle wie immer gerne auf den ausführlichen Erläuterungsbericht, der dem Haushaltsplan beigelegt ist, sowie die Erläuterungstexte, die zu den jeweiligen Produkten angebracht sind.

Und auch das Folgende darf am Ende nicht fehlen – im Gegenteil hat das in diesem Jahr angesichts meiner letzten Worte einen überragenden Stellenwert:

Ich bedanke mich bei meinen **Kolleginnen und Kollegen** der Verwaltung. Sie sind es, die verantwortungsbewusst diesen Haushalt mit erarbeitet und getragen haben; und ja, auch die Sparzwänge ertragen müssen.

Stellvertretend für alle Beteiligten bedanke ich mich an erster Stelle bei meiner Kämmererin und Fachbereichsleiterin Steuern und Finanzen, **Simone Körner** und bei unserem Fachbereichsleiter Zentrale Dienste, **Harald Kling**; verbunden mit der Bitte, dies weiterzugeben. Ebenso ein großes Dankeschön an meinen Referenten **Wolfgang Rittershauf** an meiner Seite.

Ein ebenso herzliches Dankeschön geht an meine Stellvertreterin, unsere Erste Stadträtin, **Birgit Behr**, und meinen Kolleginnen und Kollegen des Magistrats. Unsere Zusammenarbeit war wie gewohnt konstruktiv und überaus kollegial. Ich denke, dass Euch diesmal viel abverlangt wurde und Ihr sicher auch die ein oder andere schlaflose Nacht hattet. Danke für Euren ehrenamtlichen Einsatz an der Sache!

Ich übergebe Ihnen nun den Entwurf der Haushaltssatzung 2026 zur weiteren Beratung und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

ERLENSEE, 20.11.2025